

Antrag auf mobiles Arbeiten

entsprechend der Dienstvereinbarung zur mobilen Arbeit an
der Johann Wolfgang Goethe-Universität am Frankfurt

Name, Vorname:

Fachbereich/Abteilung:

Tätigkeit/Funktion:

Vorgesetzte*r:

E-Mail-Adresse dienstlich:

Telefonnummer dienstlich:

Beginn der mobilen Arbeit:

Umfang der mobilen Arbeit: Im Mittel höchstens % der individuellen monatlichen
Arbeitszeit innerhalb eines Kalendermonats.

- Die Dienstvereinbarung zur mobilen Arbeit habe ich zur Kenntnis genommen, ich werde diese beachten und bestätige hiermit, dass die darin genannten Voraussetzungen meinerseits vorliegen.
- Die Handreichung „Datenschutz und IT-Sicherheit zum mobilen Arbeiten“ habe ich zur Kenntnis genommen und werde diese beachten.
- Mir ist bewusst, dass mit der Teilnahme am mobilen Arbeiten eine Arbeitsschutzunterweisung („Gefährdungsbeurteilung/Unterweisung und Gestaltungsempfehlungen für mobile Arbeit“) verbunden ist.
- Ich bin bereit, an einem Shared-Office-Modell teilzunehmen.
- Mir ist bewusst, dass mein*e Vorgesetzte*r die Genehmigung zum mobilen Arbeiten gem. § 9 Abs. 3(b) der Dienstvereinbarung bei Vorliegen triftiger Gründe innerhalb einer Frist von vier Wochen widerrufen kann.
- Bei Ablehnung bzw. nicht vollumfänglicher Genehmigung der mobilen Arbeit soll der Personalrat durch den Vorgesetzten informiert werden.

Ort, Datum

Unterschrift Beschäftigte*r

Stellungnahme des*der Vorgesetzten

Name, Vorname des*der Vorgesetzten:

- Die Teilnahme am mobilen Arbeiten wird im beantragten Umfang genehmigt. Es stehen keine dienstlichen Belange entgegen. Die Teilnahmevoraussetzungen nach § 3 der Dienstvereinbarung mobile Arbeit sind arbeitgeberseitig erfüllt.
- Die Teilnahme am mobilen Arbeiten wird genehmigt, jedoch, abweichend vom beantragten Umfang, maximal in Höhe von im Mittel höchstens % der individuellen monatlichen Arbeitszeit innerhalb eines Kalendermonats, weil dienstliche Belange dem beantragten Umfang entgegenstehen. Dies begründe ich wie folgt:
- Die Teilnahme am mobilen Arbeiten wird **nicht** genehmigt, weil dienstliche Belange entgegenstehen. Dies begründe ich wie folgt:

Die Stellungnahme bei Ablehnung bzw. nicht vollumfänglicher Genehmigung der mobilen Arbeit ist auf Wunsch des*der Beschäftigten an den Personalrat zu senden (personalrat@uni-frankfurt.de).

- Die Dienstvereinbarung zur mobilen Arbeit sowie die Handreichungen „Datenschutz und IT-Sicherheit zum mobilen Arbeiten“ und „Gefährdungsbeurteilung/Unterweisung und Gestaltungsempfehlungen für mobile Arbeit“ habe ich zur Kenntnis genommen.
- Mir ist bewusst, dass die Genehmigung zur Teilnahme am mobilen Arbeiten mit einer Arbeitsschutzunterweisung verbunden ist („Gefährdungsbeurteilung/Unterweisung und Gestaltungsempfehlungen für mobile Arbeit“).

Ort, Datum

Unterschrift Vorgesetzte*r